

DIE KÖNIGIN VON HOLLYWOOD

Zum Tod der Schauspielerin Elizabeth Taylor

Feuilleton, Seite 54

RECHT UND RACHE

Der Oscar-prämierte dänische Film «In A Better World»

Film, Seite 55

SCHWANKENDE HOCHHÄUSER

In Japan bewährt sich das erdbebensichere Bauen

Feuilleton, Seite 57

MOBIL · DIGITAL

Dynamik im Markt für Tablet-Computer

Seite 66



Mit den arabischen Nachbarn mögen sich die Israeli in der Regel nicht identifizieren; der orthodoxe Bub hat sich nur gerade fürs Purim-Fest die Kufiya umgelegt.

ARIEL SCHALIT / AP

Neue Verhältnisse, alte Ängste

In Israel begegnet man der Demokratiebewegung in den arabischen Ländern mit Vorbehalten und Ablehnung

Die meisten Israeli verfolgen die Aufstände in den arabischen Ländern mit Argwohn. Die Forderung nach Demokratie in den Nachbarländern passt nicht zum eigenen Selbst- und Weltbild.

Daniela Kuhn

Bei der Satiresendung «Eretz nehederet» (wunderbares Land) amüsiert sich das israelische Fernsehpublikum Woche für Woche über Protagonisten der neusten innenpolitischen Skandale, über marode Figuren jeder Couleur. Auch zwei ausländische Gäste hatten kürzlich ihren Auftritt: Mubarak und Gadhafi.

Ersterem trauern viele Israeli nach: Mubarak stand für einen kalten, aber sicheren Frieden. Anders als in Europa und in den USA wurde sein Sturz deshalb in Israel mit grosser Besorgnis verfolgt. Schon geringfügige Irritationen erhielten Gewicht. «Während des Aufbruchs sprengten Unbekannte im Sinai eine Gasleitung, die nach Israel führt», sagt Ari Cohen. Der in Jerusalem wohnhafte Architekt äussert sich auch zur Situation in anderen arabischen Ländern eher skeptisch. Auf Libyen werde sich der Dominoeffekt der Demokratiebewegung nicht übertragen – eine Einschätzung, die sich schon wenige Tage später als falsch erweisen wird. Nichts geschehen werde auch in Iran und in Jordanien: «Und sollte König Abdullah doch stürzen, wäre das gut für uns. Dann könnten die Palästinenser aus Cisjordanien dorthin ziehen.»

Stabilität – um jeden Preis

Wie Cohen denken in Israel die meisten: Das Weltgeschehen, insbesondere das in der unmittelbaren Nachbarschaft, wird praktisch ausschliesslich in Bezug auf die eigene Sicherheit und die eigenen Interessen beurteilt. Stabilität, fast um jeden Preis, ist das oberste Ziel. Dabei ist Ari Cohen alles andere als oberflächlich. Er liest die linksliberale Tageszeitung «Haaretz», die im Unterschied zu sämtlichen andern Medien im Land ana-

lytisch und kühl beobachtend über die Ereignisse in Ägypten berichtete. Also nicht «voller Paranoia, als ob Iran in Ägypten einmarschierte und die Demonstranten dem Hizbullah angehörten», wie es Dov Alfon, Chefredaktor von «Haaretz», im «New Yorker» ausdrückt.

Doch die Zeitung repräsentiert mit ihrer Haltung gegenüber den Umwälzungen in den islamischen Ländern eine im Lärm der Politik verschwindende Minderheit. Im Peace-Index (www.peaceindex.org), einer von der Universität Tel Aviv und dem Israel Democracy Institute monatlich durchgeführten repräsentativen Umfrage, meinten Ende Februar 47 Prozent der befragten jüdischen Israeli, die Revolution in Ägypten werde das Friedensabkommen zwischen den beiden Ländern tangieren oder gar zu dessen Aufhebung führen. Sogar 40 Prozent der arabischen Israeli waren derselben Ansicht. Nur gerade 8 Prozent der jüdischen Israeli glaubten an positive Effekte der Revolution und an einen daraus resultierenden warmen Frieden. Bei den arabischen Mitbürgern waren es immerhin 19 Prozent. Die Hälfte aller jüdischen Befragten waren auch der Ansicht, der Umsturz in Ägypten werde die Hamas stärken.

Auf die Frage, ob Massendemonstrationen im eigenen Land vorstellbar sind, antworteten 90 Prozent der jüdischen Israeli mit Nein. 38 Prozent begründeten dies so: «Israel ist eine Demokratie, und die Regierung kann (ab)gewählt werden.» Erstaunlich: 47 Prozent der arabischen Befragten schlossen sich dieser Meinung an. – Jacky Hugi, Journalist und Experte für arabische Länder am Radiosender des Militärs, Galei Zahal, räumt ein, die arabische Bevölkerung antworte bei solchen Befragungen nicht offen. «Arabian nights.com» heisst sein soeben auf Hebräisch erschienen Buch, in dem er Kultur, Religion und Politik der arabischen Welt beleuchtet. «Nach den Demonstrationen in diesen Ländern ist Israels Selbstverständnis als einzige Demokratie im Nahen Osten ins Wanken geraten, auch wenn das kollektiv noch nicht so bewusst ist», sagt Hugi in einem Ägypten in Tel Aviv.

«Sollten sie sich in Ägypten und in anderen Ländern tatsächlich nicht radikale, sondern liberale Kräfte durchsetzen, wäre das für Israel eine Chan-

ce.» Allerdings nur dann, wenn der jüdische Staat nicht bedroht werde. Und wenn eine neue israelische Regierung am Ruder wäre, die gute Beziehungen überhaupt wüschte. «Bisher hat man uns nur beigebracht, zu unseren Nachbarn schlechte Beziehungen zu haben», sagt Hugi: «Abweichungen von diesem Muster müssen wir zuerst lernen.» Ein solcher Paradigmenwechsel werde Zeit brauchen: «Bis die Araber in den Genuss einer liberalen Demokratie kommen, wird es noch lange dauern. Wir haben einen langen Prozess vor uns. Er verlangt ein gemeinsames Engagement.» Einen friedlichen Aufstand der Palästinenser in Israel und in Cisjordanien schliesst Hugi aus: «Sie haben zu sehr die Erfahrung gemacht, dass Gewalt nützt.»

Misstrauische Sephardim

Nicht nur die Palästinenser, sondern die Araber ganz allgemein setzten auf Gewalt, meint Shafik Mordchay. Der pensionierte Beamte der Stadtverwaltung von Jerusalem ist im nördlichen Irak geboren, er glaubt die Region zu kennen: «Der Islam basiert auf dem Schwert: *al hacherew*, wie es auf Hebräisch heisst. Diese Länder sind nicht gemacht für Demokratie.» Viele aus islamischen Ländern eingewanderte Juden denken wie er. Historisch standen sie schon immer dem rechten Lager nah.

Die Erklärungen dafür sind vielfältig. «Zum einen sind sephardische Juden stärker mit dem traditionellen Judentum identifiziert, in dem universelle Werte wie moderne Menschenrechte weniger wichtig sind», sagt Sami Samocha, Soziologieprofessor an der Universität Haifa. «Zum anderen sind sie oft weniger gebildet als die aus Europa stammenden Juden. Gerade diese unteren Schichten sind auf dem Arbeitsmarkt einem harten Wettbewerb ausgesetzt.» Und schliesslich sind insbesondere ältere sephardische Juden oft von ihrem kollektiven Gedächtnis geprägt, von Verfolgung und Pogromen in arabischen Ländern im letzten Jahrhundert. Ihr Hass auf den Islam ist oft grösser als in aschkenasisch geprägten Milieus.

Efrat Michelson, die in Israel geboren ist und deren Vorfahren aus Osteuropa stammen, illustriert das sehr eindrücklich: «Als ich die Bilder

vom Tahrir-Platz sah, habe ich erstmals Ägypter als Individuen wahrgenommen, die Freiheit und bessere Lebensbedingungen möchten, als Menschen des 21. Jahrhunderts. Es heisst immer, in den arabischen Ländern herrschten Ungerechtigkeit und Ideologie. Aber auch wir sind davon nicht frei», meint die 45-jährige Yogalehrerin. Als sie erfuhr, dass ihre äthiopische Haushaltshilfe seit 19 Jahren illegal im Lande leben muss, weil sie als Christin keine Aufenthaltsbewilligung erhält, obwohl ihre Verwandten einen israelischen Pass haben, begann sie sich für die 37-jährige Frau einzusetzen. Als Unterstützung in diesem humanitären Drama hat Efrat auch Freunde gewinnen können, unter anderen den Schriftsteller Eyal Megged.

«Während wir sehen, wie sich die arabische Welt demokratisiert, wird in Israel die Demokratie schwächer», meinte Tom Segev kürzlich in einem Interview mit dem «Spiegel» im Hinblick auf den israelischen Aussenminister Lieberman und dessen Partei. Der Historiker betrachtet die Gefährdung der Demokratie als weitaus grössere Gefahr für das Land als Bedrohungen von aussen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch, dass sich unter 30-jährige Israeli kaum mehr für Politik interessieren.

Fehlende Aufklärung

Jonathan Joel gehört der abtretenden, politisch engagierten Generation an. Der pensionierte stellvertretende Direktor der Jewish National and University Library schrieb bereits 1967, kurz nach dem Sechstagekrieg, in verschiedenen Leserbriefen an «Haaretz», Israel müsse sämtliche eroberten Gebiete zurückgeben. Den Revolutionen im Nahen Osten steht er pessimistisch gegenüber, zumal Demokratie ein politisches System sei, das von der Gesellschaft mitgetragen werden müsse: «Ich fürchte, das wird in diesen Ländern nicht der Fall sein. Aber auch bei uns sind Rabbiner Gesetzgeber. Eine echte Aufklärung fehlt auch hier. Wir können diese Länder jedenfalls nicht belehren.»

Daniela Kuhn ist freie Journalistin in Zürich. Von 1991 bis 1995 lebte sie in Jerusalem.